

Franz Weber
Rathausweg 15
88263 Horgenzell
Bewerber der Ökologisch-Demokratischen Partei/Familie und Umwelt (ÖDP)
im Wahlkreis 57 Singen

Den 5.2. 2016

Antworten zu den Fragen des Kreissenorenrats Konstanz zur Landtagswahl 2016

Pflege

- Einerseits müssen ausreichend viele Pflegeplätze zur Verfügung gestellt werden. Auf der anderen Seite muss ein Umdenken in der Vergütung von familiärer Pflege stattfinden. Es kann nicht sein, dass die Vergütung von familiärer Pflege gegenüber der professionellen stark benachteiligt wird. Dieses Umdenken ermöglicht eine deutlich längere Verweildauer der zu Pflegenden innerhalb der Familien mit allen positiven Ergebnissen daraus. Ähnliches fordert die ÖDP auch für den Bereich am Anfang des menschlichen Lebens: Wenn wir den finanziellen Aufwand für eine Kita (mtl. ca. 1200.- €) den Eltern für ihre Erziehungsleistung geben, haben Eltern eine echte und demokratische Wahlfreiheit, wo sie ihre Kinder erziehen und betreuen lassen wollen.
- Meine persönliche Vorstellung: Ein verpflichtendes soziales Jahr für junge Menschen beiderlei Geschlechts könnte eine Menge von bisher fehlenden Leistungen erbringen.
- Entbürokratisierung: Da rennen Sie bei mir offene Türen ein.
- Abwerbung durch Schweizer Nachbarn erfolgt nur so lange, wie unsere Pflegeberufe im Vergleich zu den Nachbarn unterbezahlt sind.

Wohnen im Alter

- In einer Volkswirtschaft, welche sich sozial nennt (Soz. Marktwirtschaft), darf es diesen Mangel nicht geben. An anderer Stelle wird noch auf die Schere zwischen Arm (Fleißig) und Reich eingegangen.
- Gesetzgebende Maßnahmen sind ein gutes Mittel, diesem Mangel entgegenzutreten. Allerdings müssen auch die Vermieter bei Problemfällen die Begleitung und Unterstützung durch staatliche Institutionen erhalten.
- Möglichst langes Leben in der eigenen Häuslichkeit ist aus mehreren Gründen immer erstrebenswert. Die bisherigen guten Ansätze sind weiter zu entwickeln. Hier kommt wieder die stärkere Unterstützung der Familien bei der Pflege von Angehörigen zur Sprache. Auf bauliche Aspekte bei der Errichtung von Wohneigentum kann von Fachbehörden schon in der Planungsphase hingewiesen werden (bauliche Möglichkeiten einer späteren Grundrissverschiebung wegen Anpassung an neue Verhältnisse). Unterstützung des Erwerbs von nahegelegenen Wohnungen von Kindern, wenn sie sich um zu pflegende Eltern oder sonstigen Angehörigen kümmern. Dieser Punkt muss noch differenziert werden.

Rente

- Seit mindestens 60 Jahren versprechen (fast alle) Parteien, sich dafür einzusetzen, dass sich die Schere zwischen Arm (Fleißig) und Reich nicht noch weiter öffnet. Die Berichte der Wohlfahrtsverbände haben eine eindeutige Antwort darauf.

Frage: Wie groß ist noch die Geduld der Wähler, sich immer wieder mit Versprechungen verträsten zu lassen. Es gibt noch eine Reihe von anderen Bereichen, in welchen die Regierungen der letzten Jahrzehnte gegen eine deutliche Mehrheit der Wähler regiert haben und immer noch regieren.

Beispiele:

- ☒ Fracking (kann über das CETA-Abkommen erzwungen werden)
- ☒ Privatisierung der Trinkwasserversorgung (TISA-Abkommen)
- ☒ Saatgutverordnung nach dem Muster der EU
- ☒ Bisher keine Gleichstellung schulmedizinischer und naturnaher Heilmethoden
- ☒ Hartz IV ist wesentlich zu verbessern
- ☒ Gentechnisch veränderte Lebensmittel (die genehmigte neue Genmaissorte lehnen mind. 80% ab)
- ☒ Atomausstieg ist in viel kürzerer Zeit möglich als bisher geplant
- ESM (Rettungsschirm) gegen eine große Mehrheit
 - Die Freihandelsabkommen werden ebenfalls gegen eine große Mehrheit durchgedrückt.
- Thema Bittsteller: Vgl. Thema Hartz IV, gespart wird gerne bei denen, welche sich am wenigsten wehren (können) – wie lange noch?

Sicherheit im öffentlichen Raum

- mehr Schutz für ältere Menschen, Präventionsmaßnahmen

Mobilität

- Weshalb soll bei uns nicht möglich sein, was in Südtirol fester Bestandteil ist: Senioren können in der ganzen Provinz öffentliche Verkehrsmittel (incl. Vintschger-Bahn) kostenlos benutzen. Dasselbe könnte auch auf Schüler bis 16/18 J. ausgedehnt werden. Die ÖPD fordert in ihrem Programm u.a.: Öffentliche Veranstaltungen sollen nach Möglichkeit für alle Altersgruppen angeboten und zugänglich gestaltet werden. Neue Formen der altersgerechten Mobilität müssen entwickelt werden.

Allgemeines

- Prüfungen dieser Art auf freiwilliger Basis, verbunden mit Kursen zur Verbesserung der Fahrsicherheit. Wenn wir (fast) alle Risiken ausschließen wollen, dann müssen wir (mindestens) den gesamten Privatverkehr verbieten.
- Verhandlungen bezüglich des Fluglärms müssen auf Augenhöhe und mit zufriedenstellenden Ergebnissen für alle Betroffenen geführt werden (bestimmt sehr schwer!).
- Windkraftanlagen sind notwendig, wenn wir die tödlichen Gefahren der Atomkraftwerke überwinden wollen. Sie müssen aber an verträglichen Standorten errichtet werden (Abstände, Lärm usw.). Wenn neuartige Möglichkeiten der Energieerzeugung bekannt werden, sind WKA ohne große Probleme wieder zu entsorgen, für AKW bestehen noch nicht einmal klare und sichere Pläne!!!!

Zum Schluss: Wer soll denn das alles bezahlen?

Als im Jahre 1996 die Meldung durch den Blätterwald ging, dass Sozialhilfeempfänger den Staat jährlich um ca. 4 Milliarden DM betrügen würden, stellte die Caritas fest, dass es bei genauerem Hinsehen nur ca. 400 Millionen DM seien. Wenn man nun sämtliche Möglichkeiten zusammenrechnet, mit denen Begüterte verpflichtende Abgaben an der Staatskasse vorbeischleusen würden, käme man auf ca. 200 Milliarden DM pro Jahr. Hinter dieser Geldmenge sind die 400 Millionen kaum mehr zu sehen.....Dabei sind Möglichkeiten, wie die Finanztransaktionssteuer u.ä. noch gar nicht berücksichtigt.